

Deutscher  
Gewerkschaftsbund  
Bayern

**DGB**

VEREIN  
ZUR  
BEWAHRUNG  
DER  
DEMOKRATIE

# Rechtsextreme Akteure im Betrieb

Rechte Listen und rechtsextreme Akteure am Beispiel  
von Zentrum – die Alternative Gewerkschaft e.V.

Eine Handreichung für Gewerkschafter\*innen im Betrieb.

**Stark in Arbeit.**

## 1. Rechtsextreme Akteure im Betrieb?

Rechte oder rechtsextreme Akteure versuchen seit einigen Jahren verstärkt, in Betriebe und Arbeitnehmervertretungen hineinzuwirken. Dabei geht es nicht nur um politische Einflussnahme, sondern um den gezielten Versuch, die gewerkschaftliche Interessenvertretung von innen heraus zu schwächen und alternative Strukturen aufzubauen, die dem solidarischen Prinzip der Gewerkschaften widersprechen.

Die sogenannte „Zentrum – Alternative Gewerkschaft e.V.“ (ZAG) ist derzeit der sichtbarste Ausdruck dieser Strategie. Sie tritt mit dem Anspruch auf, eine neue Arbeitnehmervertretung „jenseits der etablierten Gewerkschaften“ zu sein, steht jedoch inhaltlich und personell in enger Verbindung mit rechtsextremen Netzwerken.

Diese Handreichung soll Betriebs- und Gewerkschaftsvertreter\*innen für die Strategien solcher Organisationen und rechtsextremer Akteure sensibilisieren, ihre ideologischen Grundlagen aufzeigen und Handlungsmöglichkeiten im betrieblichen Alltag benennen.



## 2. Verein Zentrum: Entstehung und personeller Hintergrund

Der Verein Zentrum – die Alternative Gewerkschaft e.V. wurde 2009 im Mercedes-Benz-Stammwerk Untertürkheim gegründet. Initiator war Oliver Hilburger, der zuvor lange Zeit Betriebsrat der Christlichen Gewerkschaft Metall (CGM) war.

Hilburger war über zwei Jahrzehnte Musiker in der rechtsextremen Band Noie Werte, die mehrfach im Umfeld des verbotenen Netzwerks Blood & Honor auftrat – einer Organisation, die in den 1990er Jahren als zentrale Plattform der europäischen Neonazi-Musikszene galt.

Hilburger war in der Vergangenheit auch in Ermittlungen und öffentliche Debatten um den „Nationalsozialistischen Untergrund (NSU)“ eingebunden. Seine Band lieferte unter anderem Musik für ein rechtsextremes Propagandavideo, das Bezüge zu den NSU-Morden aufwies. Aufgrund dieser Verstrickungen musste Hilburger 2017 vor dem NSU-Untersuchungsausschuss des Bayerischen Landtags aussagen.

## 3. Ideologische Grundausrichtung

Zentrum vertritt ein weltanschauliches Konzept, das sich an historischen und gegenwärtigen Mustern neofaschistischer Ideologie orientiert.

Zentrale Elemente sind:

- Leugnung des Interessengegensatzes zwischen Arbeit und Kapital: ZAG propagiert die Vorstellung einer „Betriebsgemeinschaft“, in der Arbeitgeber\*innen und Beschäftigte angeblich im selben Interesse handeln.
- Ablehnung gewerkschaftlicher Konfliktpolitik: Arbeitskämpfe, Tarifaueinsetzungen und politische Gewerkschaftsarbeit werden als „Spaltung“ diffamiert.
- Nationale und ausgrenzende Bezüge: Zentrum betont „deutsche Arbeitnehmerinteressen“ und bedient damit ein völkisches Verständnis von Solidarität, das auf ethnischer Zugehörigkeit statt auf sozialer Verbundenheit basiert.

Dieses Denken erinnert an die ideologische Konstruktion der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO), die in den 1920er Jahren von der NSDAP als Gegenmodell zu freien Gewerkschaften aufgebaut wurde. Auch dort wurde versucht, die Belegschaften mit dem Ziel einer „Gemeinschaft von Betrieb und Volk“ ideologisch zu beeinflussen und Gewerkschaften als „zersetzend“ darzustellen.

## 4. Auftreten im Betrieb

ZAG inszeniert sich im betrieblichen Alltag als unpolitische, pragmatische Alternative zu den DGB-Gewerkschaften. Typische Merkmale sind:

- Nähe zur Belegschaft: Vertreter\*innen von Zentrum geben sich betont kollegial, versuchen das Bild zu vermitteln „näher an den Sorgen der Beschäftigten“ zu sein, als die etablierten Betriebsräte.
- Kritik an gewerkschaftlicher Gremienarbeit: Wenn Betriebsratsmitglieder aufgrund von Sitzungen und Verpflichtungen weniger sichtbar sind, nutzt ZAG dies, um sich als handlungsfähige Kraft „vor Ort“ zu inszenieren.
- Tarnlisten und Außendarstellung: In Betrieben, in denen offenes Auftreten als rechte Liste auf Ablehnung stößt, tritt Zentrum mit Tarnlisten auf, die keine direkte Verbindung zur Organisation erkennen lassen.

Dort, wo Zentrum Mehrheiten im Betriebsrat erreicht hat, zeigt sich jedoch ein anderes Bild: Konfliktorientierte Interessenvertretung wird zugunsten einer kooperativen, arbeitgebernahen Linie ersetzt. Kritische Themen oder tarifpolitische Auseinandersetzungen werden vermieden. In solchen Fällen fungiert ZAG faktisch als verlängerter Arm der Unternehmensleitung.

## 5. Keine Gewerkschaft im rechtlichen Sinne

Trotz des Namens ist Zentrum keine Gewerkschaft im juristischen Sinne. Nach deutschem Arbeitsrecht (§ 2 Abs. 1 TVG) gilt als Gewerkschaft nur eine Organisation, die

- tariffähig,
- unabhängig vom Arbeitgeber,
- hinreichend organisiert und
- bereit und in der Lage ist, Arbeitskämpfe zu führen.

Zentrum erfüllt keine dieser Voraussetzungen. Seit der Gründung 2009 wurden keine Tarifverträge abgeschlossen und keine Arbeitskämpfe geführt. Die Organisation verfügt auch nicht über die erforderliche Mitgliederzahl oder Verankerung, um als „tariffähige Arbeitnehmervereinigung“ anerkannt zu werden.



## 6. Teil rechtsextremer Netzwerke

ZAG agiert nicht isoliert. Es ist Teil eines rechtsextremen und neurechten Netzwerkes, das sich um die Alternative für Deutschland (AfD) und deren Umfeld gruppiert.

Zu den relevanten Akteuren gehören u. a.: Björn Höcke, führender Vertreter des völkisch-nationalistischen Pols der AfD, Jürgen Elsässer, Herausgeber des rechts-populistischen Compact-Magazins, Martin Sellner, Kopf der „Identitären Bewegung“ und Mitorganisator des 2024 aufgedeckten „Potsdam-Treffens“, bei dem über sogenannte „Remigrations“-Pläne gesprochen wurde.

Die ideologische Verbindung zwischen ZAG und der AfD ist eng. Beide Akteure teilen das Ziel, in der Arbeitnehmerschaft Fuß zu fassen und die Deutungshoheit über soziale Fragen zu verschieben.

Der 2022 aufgehobene Unvereinbarkeitsbeschluss der AfD gegenüber ZAG ermöglicht eine offene Kooperation. Während ZAG Strukturen in Betrieben aufbaut, sorgt die AfD für politische Unterstützung und Vernetzung auf Landes- und Bundesebene.

## 7. Aktuelle Entwicklungen

Zentrum ist bislang vor allem in der Automobil- und Zulieferindustrie aktiv. In den letzten Jahren hat der Verein begonnen, seine Tätigkeiten auf weitere Branchen auszuweiten – etwa den Gesundheits- und Sozialsektor, den öffentlichen Dienst sowie die chemische Industrie.

Laut eigenen Angaben verfügt ZAG über rund 100 Betriebsratsmandate in Deutschland. Die Zahl ist nicht unabhängig überprüfbar, zeigt aber, dass der Verein strukturell und organisatorisch zunehmend an Bedeutung gewinnt.

Auffällig ist, dass ZAG zunehmend mit dem Ziel auftritt, eine „rechte Alternative zum DGB“ zu etablieren.

Fazit: „Zentrum – die Alternative Gewerkschaft e.V.“ ist keine echte Arbeitnehmervertretung, sondern Teil einer breiteren Strategie, rechte Ideologien in die Arbeitswelt zu tragen und gewerkschaftliche Strukturen zu schwächen.

## 8. Organisierte Rechte und „rechte“ Akteur\*innen auf Listen der DGB-Gewerkschaften

Neben ZAG treten zunehmend rechte Einzelkandidat\*innen oder nicht formell vernetzte rechte Listen bei Betriebsratswahlen auf. Diese Akteure sind oftmals keine offiziellen Mitglieder bundesweiter Organisationen, agieren aber mit ähnlichen Zielen und Methoden.

Zentrale Merkmale und Ziele sind auch hier:

- **Postenbesetzung in Mitbestimmungsgremien:** Rechte Kandidat\*innen versuchen, Betriebsrats- oder Personalratsmandate zu gewinnen, um dort Einfluss zu nehmen.
- **Ideologische Einflussnahme:** Durch subtile Überzeugungsarbeit sollen rechte Weltbilder in die Belegschaften getragen werden – etwa durch populistische oder nationalistische Argumentationen zu Löhnen, Migration oder Transformation.
- **Machtaufbau im Betrieb:** Das Ziel ist, organisatorische Strukturen zu etablieren, die langfristig in den Belegschaften verankert bleiben.
- **Lokale Bedeutung:** Auch ohne große Vernetzung können solche Akteure auf betrieblicher Ebene konkreten Schaden anrichten, indem sie Belegschaften spalten und Misstrauen gegenüber demokratischer Mitbestimmung säen.



## 9. Was können Betriebs- und Personalrät\*innen tun?

Diese Entwicklungen zeigen: Rechte Einflussnahme findet nicht nur auf parteipolitischer Ebene statt, sondern zunehmend im betrieblichen Alltag. Sie nutzt Unzufriedenheit und Unsicherheit, um sich als „Alternative“ zu inszenieren.

Das Zusammenspiel aus wachsender rechter Wählerbasis und betrieblicher Präsenz rechter Listen stellt eine ernsthafte Herausforderung für die gewerkschaftliche Arbeit dar.

### Wahrnehmen und benennen

Rechte Listen und rechte Einzelakteure sind häufig schwer erkennbar. Es ist wichtig, Wahlvorschläge und Kandidat\*innen genau zu prüfen und mögliche Verbindungen zu ZAG oder ähnlichen Gruppen zu identifizieren. Eine frühzeitige Information der Belegschaft über Ziele und Hintergründe dieser Organisationen ist entscheidend.

### Kolleg\*innen ernst nehmen

Rechte Akteure knüpfen häufig an reale Unzufriedenheiten an – etwa Überlastung, Schichtarbeit, fehlende Anerkennung oder einem Stellenabbau im Betrieb oder Unternehmen. Gewerkschaftliche Arbeit sollte diese Themen offen ansprechen, statt sie rechten Gruppierungen zu überlassen.

### Sichtbare und beteiligungsorientierte Betriebsratsarbeit

Ein Betriebsrat, der ansprechbar ist, regelmäßig informiert und Beschäftigte in Entscheidungsprozesse einbindet, stärkt das Vertrauen in die demokratische Interessenvertretung und entzieht rechten Parolen den Nährboden.

### Solidarität und Vielfalt fördern

Rechte Gruppierungen nutzen Spaltung – zwischen „Alt- und Neubeschäftigten“, zwischen „Deutschen“ und „Migrant\*innen“, zwischen Stammbeschafteten und Leiharbeiter\*innen. Eine inklusive und solidarische Betriebspolitik, die alle Beschäftigten einbezieht, wirkt dem entgegen.

### Kooperation mit Bildungs- und Beratungsstellen

Es gibt zahlreiche Angebote von DGB-Bildungswerken, Stiftungen und Initiativen gegen Rechtsextremismus (z.B. der VBD - Verein zur Bewahrung der Demokratie e.V.), die Schulungen, Beratung und Material zur Verfügung stellen. Sie können helfen, komplexe Themen professionell aufzuarbeiten.

Die Botschaften rechter Listen oder Kandidat\*innen sind auf den ersten Blick oft unauffällig – sie appellieren an Alltagsfrust, Misstrauen und den Wunsch nach „echter Vertretung“. Sie zielen darauf ab, Solidarität zu schwächen, Belegschaften zu spalten und Mitbestimmung zu instrumentalisieren.

Eine **starke, demokratische und solidarische Gewerkschaftsarbeit** – die Teilhabe, Vielfalt und offene Diskussion fördert – bleibt das wirksamste Mittel gegen rechte Einflussnahme im Betrieb.

### Mehr Infos und Unterstützungsmöglichkeiten findest Du hier:

[bayern.dgb.de/rechtsextremeakteureimbetrieb](https://bayern.dgb.de/rechtsextremeakteureimbetrieb)





## **Impressum**

### **Herausgeber:**

DGB-Bezirk Bayern  
Neumarkter Straße 22, 81673 München  
<https://bayern.dgb.de>

in Kooperation mit

VBD – Verein zur Bewahrung der Demokratie e. V.  
Wilhelm-Leuschner-Str. 79, 60329 Frankfurt am Main

**V.i.S.d.P.:** Bernhard Stiedl, Vorsitzender DGB Bayern

**Layout:** Fa-Ro Marketing

**Fotos:** DGB Bayern und VBD

**Druck:** Saxoprint, Dresden

Stand: Dezember 2025

**[bayern.dgb.de](https://bayern.dgb.de)**